

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Anke Martiny MdB zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, wonach Ausländer-tarife in der Kfz-Versicherung unzulässig sind: Erfolg für die Sache der Gerechtigkeit?

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB zur Verkehrspolitik der Bundesregierung: Bonn erzwingt Streckenstilllegungen der DB.

Seite 2

Rolf Linkohr MdEP zum Umgang der EG-Kommission mit der radioaktiven Gefahr: Arbeitsüberlastung darf die Kontrolle nicht beeinträchtigen.

Seite 3

Volker Jung MdB zur energiepolitischen Diskussion in den Regierungsparteien: Vom energiepolitischen Konsens noch weit entfernt.

Seite 4

43. Jahrgang / 103

1. Juni 1988

Erfolg für die Sache der Gerechtigkeit?

Staatsangehörigkeit darf kein Tarifmerkmal bei der Kraftfahrzeughaftpflicht bleiben

Von Dr. Anke Martiny MdB
Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD

Nun haben wir es also auch von Gerichte wegen amtlich: Ausländer-tarife in der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung sind unzulässig! So hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden und damit dem Bundeaufsichtsamt für das Versicherungswesen Recht gegeben. Das Amt hatte im November 1983 die Genehmigung eines besonderen Tarifzuschlages für türkische, jugoslawische und griechische Staatsangehörige in der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung abgelehnt, weil es die Staatsangehörigkeit für kein geeignetes Tarifmerkmal hielt. Dagegen hatten die betroffenen Versicherungsunternehmen Einspruch eingelegt, und dieser Einspruch wurde nun vom Bundesverwaltungsgericht zurückgewiesen.

So weit, so gut. Nun wird es darum gehen, daß die Versicherungsunternehmen ihre Praktiken, ausländische Versicherungsnehmer hinzuhalten und ihnen nur den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestschutz zu gewähren, aufgeben und die unter der Hand geübten Diskriminierungsmaßnahmen endlich einstellen. Seit Jahren kümmern wir sozialdemokratischen Verbraucherpolitikerinnen und -politiker uns um dieses Problem. Wir wissen nun theoretisch, wie zu verfahren ist: Keine Ausländerdiskriminierung in der Autohaftpflicht. Ganz sind unsere Bedenken aber nicht ausgeräumt. Überzeugt sind wir erst, wenn keine Petitionen mehr auf dem Schreibtisch liegen von Ausländern, die faktisch diskriminiert wurden und werden. Als verbraucherpolitische Sprecherin der SPD werde ich in meiner Aufmerksamkeit nicht nachlassen.

Es bleibt eine weitere Frage immer noch offen: Wie ist es mit der Positivdiskriminierung der erwiesenermaßen weniger schaden-trächtig fahrenden weiblichen Autofahrer?

(-/1.6.1988/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislauf-Druck
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Bonn erzwingt Streckenstilllegungen der DB

Zur Verkehrspolitik der Bundesregierung

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung kürzt die notwendigen Verkehrsleistungen der DB für die Menschen in ländlichen Räumen. Der Sommerfahrplan 1988 beweist es. Viele Zugverbindungen sind ausgedünnt oder ganz weggefallen.

Die Bundesregierung trägt hierfür die alleinige Verantwortung. Sie hat das Austrocknungsprogramm gewollt und sie hat die Bahn mit den Leitlinien in eine Zwangsjacke gesteckt, die dem Unternehmen keine Luft zum freien Atmen läßt. Für die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben des Unternehmens verweigert Stoltenberg seit Jahren die notwendigen Finanzmittel. Damit treibt er die DB in immer neue Rekord-Defizite.

Die Sozialdemokraten wollen weg von dieser Schrumpfkurs-Politik. Sie wollen für die DB mehr Wettbewerbsfähigkeit. Die Bahn braucht neue Strukturen. Der eigenverantwortliche Unternehmensbereich und der Bereich staatlicher Daseinsvorsorge müssen getrennt und neu geordnet werden.

Die DB erfüllt eine Vielzahl von Transportaufgaben im Interesse der Allgemeinheit. Entsprechend ist die finanzielle Verantwortung zuzuordnen. Soweit die Politik Leistungen von der Bahn verlangt, hat sie die durch Einnahmen nicht gedeckten Kosten zu übernehmen. Wer bestellt, muß bezahlen. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Insbesondere der öffentliche Personennahverkehr und große Teile des Personenverkehrs in den ländlichen Räumen kann die DB unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht kostendeckend betreiben. Dieser Bereich gehört zu den gemeinwirtschaftlichen Aufgaben der Bahn. Deshalb muß hier der Staat eingreifen. Auch der Bund muß insoweit seine Leistungen an die Bahn erhöhen, damit das Unternehmen die im Interesse der Allgemeinheit notwendigen Beförderungsleistungen in der Fläche weiterhin erbringen kann.

Die Vorgaben der Bundesregierung an die DB, defizitäre Strecken stillzulegen, sind ein Schlag gegen die Fläche. Das Jammern mancher Mitglieder der Regierungskoalition ist scheinheilig und pharisäerhaft. Die heutige DB-Politik der verbrannten Erde ist die Konsequenz aus den Vorgaben des Bundes an das Unternehmen. Die Bundesregierung hat die DB allein gelassen mit den gewachsenen Strukturproblemen und sie bekennt sich nicht zu ihren gemeinwirtschaftlichen Aufgaben.

(-/1.6.1988/va-he/rs)

* * *

EG-Kommission soll Ableitung radioaktiver Stoffe stärker kontrollieren

Arbeitsüberlastung darf die Kontrollkompetenz nicht beeinträchtigen

Von Rolf Linkohr MdEP

Energiepolitischer Sprecher der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Die EG-Kommission ist aufgefordert, die Kontrolle von Ableitungen radioaktiver Stoffe aus kern-technischen Anlagen endlich ernster zu nehmen und die Prüfungsverfahren nach Artikel 37 des Euratom-Vertrages zu beschleunigen. Artikel 37 des Euratom-Vertrages verpflichtet die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, der Kommission die allgemeinen Angaben über jeden Plan zur Ableitung radioaktiver Stoffe aus neu zu errichtenden Anlagen (Kraftwerke oder Wiederaufbereitungsanlagen) zu übermitteln, anhand derer die EG-Kommission die möglichen Auswirkungen auf ein Nachbarland bewerten kann.

Es kann nicht angehen, daß die Kommission ihre Stellungnahmen mit dem Hinweis auf „Arbeitsüberlastung“ verspätet abgibt und dadurch ihre ohnehin bescheidene Kontrollkompetenz noch schwächt.

Aus dem kürzlich veröffentlichten Bericht der Kommission zur Anwendung von Artikel 37 in den Jahren 1985 und 1986 geht hervor, daß die Stellungnahmen zu den Ableitungswerten der britischen Kernkraftwerke Heysham und Torness nicht unerheblich verzögert wurden, obwohl der Kommission diese Werte „unnötig hoch“ erschienen. Auf Seiten der Betreiber wurde der Informationspflicht im Falle der Kernkraftwerke St. Alban und Creys Malville im Berichtszeitraum nur mit Verspätung genügt.

Positiv ist die Entscheidung der Kommission zu werten, ihre Stellungnahmen auch künftig zu veröffentlichen und einen weitergehenden Informationsaustausch zwischen benachbarten Mitgliedstaaten zu empfehlen.

Die Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Cattenom veranlaßten die Kommission zu der Empfehlung, die Signale von bestehenden automatischen Überwachungs- und Alarmsystemen direkt an die benachbarten Mitgliedstaaten weiterzuleiten. Das öffentliche Interesse an dieser französischen Kernzentrale führte auch zu einem Wandel in der Praxis der EG-Kommission: Die Stellungnahme der Kommission den Ableitungswerten von Cattenom wurde im Amtsblatt der EG veröffentlicht - eine Entscheidung, die auch für künftige Stellungnahmen gilt.

In vier Fällen weist die Kommission in dem Bericht auf die Notwendigkeit hin, bilaterale Vereinbarungen mit den benachbarten Mitgliedstaaten zu treffen, insbesondere zur Übermittlung von Informationen bei einer signifikanten unfallbedingten Ableitung radioaktiver Stoffe. Dabei handelt es sich um folgende Anlagen: Kalkar, das in der Nachbarschaft zu den Niederlanden liegt, Gravelines (Frankreich) in der Nähe Belgiens und die britischen Anlagen Heysham 2 und Torness (Vereinbarung mit Irland).

Mit einer parlamentarischen Anfrage möchte ich jetzt von der Kommission wissen, wie sie künftig Verzögerungen ihrer Stellungnahmen zu verhindern gedenkt, und ob die betroffenen Mitgliedstaaten tatsächlich beabsichtigen, entsprechend den Vorstellungen der Kommission bilaterale Vereinbarungen zu treffen.

(-/1.6.1988/vo-he/rs)

* * *

Vom energiepolitischen Konsens noch weit entfernt

Anmerkungen zur energiepolitischen Diskussion in den Regierungsparteien

Von Volker Jung MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist unverkennbar: Die energiepolitische Diskussion in den Regierungsparteien ist in Bewegung gekommen - bleibt aber im höchsten Maße widersprüchlich. Von einer Annäherung an einen neuen energiepolitischen Konsens, wie ihn die Sozialdemokraten anstreben, kann deshalb noch keine Rede sein:

- Die FDP hat sich auf ihrem „Kleinen Parteitag“ für den Ausstieg aus der Atomenergie „zum frühestmöglichen Zeitpunkt“ ausgesprochen, aber die Entscheidungen zur Plutoniumwirtschaft und zur Kohlepolitik vertagt.
- Bundesumweltminister Töpfer sagte im Süddeutschen Rundfunk, daß die Kernenergie nur noch eine „gewisse Zeit“ genutzt werde und „eine Zukunft ohne Kernenergie zu erfinden“ sei, will aber das Genehmigungsverfahren für den Schnellen Brüter in Kalkar beschleunigen.
- Bundesfinanzminister Stoltenberg kündigte im Deutschlandfunk unter anderem eine Erhöhung der Mineralölsteuer an, allerdings nur, um die Haushaltslöcher zu stopfen, die die Steuerreform 1990 reißt.

Es wäre ein Schritt in die richtige Richtung, wenn die FDP tatsächlich alle Anstrengungen unternehmen würde, um den Ausstieg aus der Kernenergie zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erreichen. Wenn sich der Vorsitzende der FDP, Bundeswirtschaftsminister Bangemann, an diesen Beschluß gebunden fühlte, dann müßte er die Kernenergievorrangpolitik, die er in den vergangenen Jahren betrieben hat, revidieren. Dann ist es allerdings nicht damit getan, sich angesichts der gegenwärtigen Versorgungslage gegen einen weiteren Zubau von Atomkraftkapazitäten auszusprechen. Diese Absicht wird heute noch nicht einmal mehr von der Elektrizitätswirtschaft verfolgt. Notwendig ist nicht nur der Prüfauftrag, ob ältere Leichtwasserreaktoren außer Betrieb gesetzt werden können, konsequent wäre auch, die sich kurz vor der Fertigstellung befindlichen Kernkraftwerke Linge II, Isar II und Neckarwestheim II wegen fehlender Nachfrage und der ungesicherten Entsorgung nicht ans Netz gehen zu lassen.

Entscheidend bleibt, die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar und den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf zu verhindern. Während die FDP diese Entscheidung vertagt hat, dringt Bundesumweltminister Töpfer mit seiner „verfahrensleitenden Anweisung“ an die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf eine Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens.

Wer den Schnellen Brüter und die Wiederaufarbeitung unterstützt, ist nicht glaubwürdig, wenn er gleichzeitig fordert, eine Zukunft ohne Kernenergie zu erfinden.

Die Kohlevorrangpolitik ist ein notwendiger Bestandteil einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft. Wenn die FDP eine Entscheidung über diese Frage bis zum Ende des Jahres vertagt, dann verabschiedet sie sich aus ihrer energiepolitischen Verantwortung. Es ist bis heute erklärte Absicht der Bundesregierung, den Kohlepfennig bis 1995 schrittweise abzusenken. Über den nächsten Schritt muß noch in diesem Jahr entschieden werden. Da die Energiewirtschaft keine Bereitschaft zeigt, eigene finanzielle Lasten für die Verstromung heimischer Steinkohle zu übernehmen, ist der Jahrhundertvertrag gefährdet. Bundesregierung wie Elektrizitätswirtschaft nehmen sehenden Augens in Kauf, daß das Mengengerüst des Jahrhundertvertrages fällt. Dies belastet auch die noch bevorstehenden Verhandlungen über eine Anschlußregelung nach 1995.

In dieses Szenario paßt auch die verschleiende Aussage der FDP, daß ein nachhaltiger Rückgriff auf fossile Energieträger wegen der damit verbundenen Umweltrisiken und der notwendigen Ressourcenschonung ausscheide. Diese Äußerung ignoriert nicht nur die umweltpolitischen Fortschritte bei der Verstromung von Kohle, die über die Auflagen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung hinausgehen, sie verkennt auch, daß auf mittlere Frist nur das Festhalten an der Kohlevorrangpolitik die Option offenhält, so rasch wie möglich aus der Kernenergie auszusteigen.

Eine Politik der Energieeinsparung, rationellen Energienutzung und Förderung alternativer Energiequellen bedarf nicht nur verstärkter Forschung und Entwicklung, sondern auch Hilfen zur Markteinführung. Während sich die FDP zu diesem Schritt durchgerungen hat, ist eine Gruppe von Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dieser Forderung bis heute in der Minderheit geblieben. Die privaten Investitionen in Energieeinsparung und rationelle Energienutzung, die seit Anfang der 80er Jahre infolge der Energiesparpolitik der sozialliberalen Bundesregierung in Gang gesetzt wurden, schwächen sich wegen der niedrigen Weltenergiemarktpreise deutlich ab. Diese Entwicklung wird durch die Politik der Bundesregierung noch verstärkt: Während die öffentlichen Finanzhilfen und Abschreibungs erleichterungen 1982 noch etwa eine Milliarde DM betragen, werden sie bis 1990 auf zehn Prozent dieses Betrages abgebaut.

Mit der Steuerreform werden alle erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten für Energiesparen und rationelle Energienutzung sowie für den Fernwärmeausbau gestrichen. Ebenso werden die öffentlichen Aufwendungen für die Erforschung, Entwicklung und Marktführung von erneuerbaren Energiequellen, die in der Zukunft eine immer größere Rolle spielen könnten, bis 1990 abgebaut.

Mit diesem Kahlschlag setzt die Bundesregierung falsche Signale. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion mit ihren Programmen „Energieeinsparung und rationelle Energienutzung“ sowie „Solarenergie und Wasserstoff“ Alternativen aufgezeigt, wie das vorhandene Einsparpotential mittelfristig genutzt und erneuerbare Energiequellen langfristig eingesetzt werden können. Wir halten es für möglich, über einen längeren Zeitraum 50 Millionen Tonnen SKE einzusparen. Das ist mehr Energie als heute durch Kernenergie bereitgestellt wird.

Mit den Einnahmen aus der Erhöhung der Verbrauchssteuern - einschließlich der Mineralölsteuer - will die Bundesregierung nach den Worten von Bundesfinanzminister Stoltenberg die Lächer stopfen, die die Neufestsetzung der Beiträge zur Europäischen Gemeinschaft und das Ausbleiben der Bundesbankgewinne gerissen haben. Dadurch werden nicht nur die geplanten Steuerermäßigungen insbesondere für die unteren und mittleren Einkommen teilweise wieder einkassiert, damit wird in der empfindlichen Konjunktursituation auch die kaufkräftige Binnennachfrage eingeschränkt. Eine zusätzliche Besteuerung der Energieträger macht mittelfristig nur dann einen Sinn, wenn sie so bemessen wird, daß ausreichende Anreize zum Energiesparen, zur Erhöhung der Energieproduktivität und zur Verringerung der Umweltbelastungen gegeben werden sowie die Entwicklung und Markteinführung neuer Energietechnologien zweckgebunden finanziert werden können.

Es ist nicht damit getan, „Kernenergie als Übergangstechnologie“ zu bezeichnen. Das Ziel, so schnell wie möglich eine Energieversorgung ohne Atomkraft zu verwirklichen, setzt für uns Sozialdemokraten heute voraus, daß

- keine Betriebsgenehmigungen mehr für die im Bau befindlichen Kernkraftwerke erteilt werden;
- der Schnelle Brüter nicht ans Netz geht und die Wiederaufarbeitungsanlage nicht gebaut wird;
- alternative Standorte untersucht werden, um die direkte Endlagerung von radioaktivem Abfall sicherzustellen.

Zu einem neuen energiepolitischen Konsens gehört für uns Sozialdemokraten auch,

- die Kohlevorrangpolitik zu verteidigen, insbesondere das Mengengerüst des Jahrhundertvertrages zu erhalten und auf dieser Grundlage eine Anschlußregelung zu finden;
- durch eine systematische staatliche Förderung das große Potential an Energieeinsparung und rationeller Energienutzung auszuschöpfen sowie erneuerbare Energiequellen zu entwickeln und einzuführen;
- Energieprogramme der Bundesregierung vorzulegen und fortzuschreiben, die die schrittweise Umstellung der Energieversorgung beschließen und die Rolle der einzelnen Energieträger festlegen. Nur so kann die Energiepolitik transparent gemacht und politisch entschieden werden.

Die Energiepolitik ist zu wichtig, um sie allein dem Markt zu überlassen. (-/1.6.1988/vo-he/rs)

* * *